

Dr. Tim Ostermann

(A) (Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn Sie nicht getrödelt hätten!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so viel Freude uns allen die Beschäftigung mit dem Meldewesen bereitet, lieber Herr Beck, ist es dennoch auch ein Grund zur Freude, dass wir die Debatte mit unserem heutigen Beschluss zum Änderungsgesetz endlich abschließen können.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Herr Kollege. – Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Fortentwicklung des Meldewesens. Der Innenausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/2009, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 18/1284 in der Ausschussfassung anzunehmen. Hierzu liegen drei Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, über die wir zuerst abstimmen.

Änderungsantrag auf Drucksache 18/2022. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist bei Zustimmung von Bündnis 90/Die Grünen und Linksfraktion mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD abgelehnt.

(B) Änderungsantrag auf Drucksache 18/2023. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD bei Zustimmung von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken abgelehnt.

Änderungsantrag auf Drucksache 18/2024. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD bei Zustimmung von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken abgelehnt.

Ich bitte nun diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung angenommen. Zugestimmt haben CDU/CSU und SPD. Dagegen gestimmt haben Bündnis 90/Die Grünen. Enthalten hat sich die Linke.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die einzig wahre Opposition hat dagegen gestimmt!)

Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenige, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich nun zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD bei Ablehnung von Bündnis 90/Die Grünen und Enthalt

(C)

–Christian Ströbele, Monika Lazar, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Konsequenzen aus den Erkenntnissen des NSU-Untersuchungsausschusses

Drucksache 18/776

Überweisungsvorschlag:
Innenausschuss (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 25 Minuten vorgesehen. – Es gibt keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und gebe das Wort an Monika Lazar von Bündnis 90/Die Grünen.

Monika Lazar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor circa einem Jahr haben alle Fraktionen des Bundestages einmütig in einem gemeinsamen Votum im Abschlussbericht zum NSU-Untersuchungsausschuss hier in diesem Hause bekräftigt – Zitat –:

Wir müssen mehr gegen Rassismus und rechte Gewalt tun, auf allen Ebenen! Initiativen brauchen eine bessere und verstetigte Förderung.

(D)

Dieser Konsens wurde im Frühjahr dieses Jahres wieder periodenweise bekräftigt. Somit haben die Fraktionen und die Ministerien Arbeitsaufträge für die nächsten drei Jahre.

Die grüne Bundestagsfraktion gab zum Abschluss des NSU-Untersuchungsausschusses ein Sondervotum ab. Die wichtigsten Forderungen sind in den Antrag, über den wir heute diskutieren, eingeflossen. Wir fordern einen Neustart beim Bundesamt für Verfassungsschutz, Konzepte für eine neue Polizeikultur und eine langfristige und verlässliche Förderung von Initiativen gegen Rechtsextremismus.

Kanzlerin Merkel versprach den Angehörigen der Opfer eine lückenlose Aufklärung. Doch bis heute sind immer noch viele Fragen unbeantwortet. So bitter es klingt: Ohne die Blindheit auf dem rechten Auge hätte man den NSU früher enttarnen und Morde verhindern können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Armin Schuster [Weil am Rhein] [CDU/CSU]: Das stimmt nicht!)

Die einzig logische Schlussfolgerung daraus muss lauten: Kein „Weiter so!“, sondern eine Zäsur und ein Neustart bei der Sicherheitsarchitektur. Aber im gerade beschlossenen Haushalt für dieses Jahr erfolgt das Gegenteil: Der Verfassungsschutz wird für sein Versagen mit mehr Kompetenzen und zusätzlichen Millionen ausgestattet. Das ist ein Skandal,

Monika Lazar

(A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

einerseits, weil sich die Angehörigen der Opfer einmal mehr vor den Kopf gestoßen fühlen müssen; andererseits, weil das Geld dann dort fehlt, wo tatsächlich wirksam gegen Demokratiefeindlichkeit gearbeitet werden kann: bei den zivilgesellschaftlichen Initiativen.

Gerade verkündete Ministerin Schwesig die Eckpunkte für das neue Bundesprogramm ab dem nächsten Jahr. Wer mehr Geld erhofft hatte, wurde enttäuscht. Es wird nicht mehr geben als – wie bisher – die 30,5 Millionen Euro pro Jahr. Dabei wären 50 Millionen Euro jährlich das Mindeste, um gute Strukturen nicht nur zu sichern, sondern bundesweit auf ein gutes Niveau auszubauen.

Auch die vom NSU-Untersuchungsausschuss angeordnete Verstetigung erfolgt nicht. Immerhin soll die Förderperiode auf fünf Jahre ausgedehnt werden. Das ist ein Schritt nach vorn; denn damit entfällt die Zitterpartie, die es jedes Mal zum Ende der Wahlperiode gab. Für diese Verbesserungen möchte ich auch Ministerin Schwesig und ihrem Team ganz ausdrücklich danken. Da könnte zumindest die SPD einmal klatschen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und
der SPD)

– Auch der Koalitionspartner, sehr gut!

(B) Gleichzeitig sage ich – jetzt kommt wieder die bittere Pille –: Das genügt uns nicht. Notwendig ist eine dauerhafte Absicherung auf gesetzlicher Grundlage.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir von Bündnis 90/Die Grünen unterstützen die Ministerin gerne, wenn sie diesen Weg weitergeht. Wir brauchen einen fraktionsübergreifenden Konsens gegen Rechtsextremismus; denn das heißt „Demokratie leben!“, wie ja der Name des neuen Bundesprogramms zu Recht lautet.

Wir müssen aber auch staatliche Behörden wie Polizei und Justiz sensibilisieren und uns auch mit dem insti-

t

t

cherheitsbehörden, eine bessere Qualifizierung ihres Personals sowie eine effektive Bekämpfung des Rechtsextremismus auf allen Ebenen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

(C)

Vielen Dank, Kollegin Monika Lazar. – Nächster Redner in der Debatte ist Clemens Binninger für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Clemens Binninger (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zehn Morde, zwei Sprengstoffanschläge, 14 Bank-

ternden Befunde des Versagens.

Wir haben uns in der letzten Legislaturperiode in einem Untersuchungsausschuss damit beschäftigt, dieses Versagen aufzuklären. Ich sage in jedem Debattenbeitrag immer wieder: Es war nicht nur der Verfassungsschutz, der Fehler gemacht hat, sondern es gab Fehler bei der Polizei, aber auch bei der Justiz. Auch unsere föderale Sicherheitsarchitektur war beim Zusammenwirken der verschiedenen Sicherheitsbehörden nicht gerade hilfreich. Der Ausschuss hat aber durchaus – ich glaube, dafür sind wir alle, die wir mitgearbeitet haben, und dafür sind alle Fraktionen, die ihn getragen haben, verantwortlich – etwas geleistet, das wir so bisher noch nie hatten. Parteübergreifend 15 Monate etwas zu untersuchen und einstimmig zu einem Abschlussbericht mit 47 Empfehlungen zu kommen, das ist so bisher noch nie dagewesen. Wir waren uns immer einig, Frau Kollegin Lazar, dass wir natürlich parteipolitische Unterschiede haben, die auch nicht weggewischt werden. Das gilt für uns, die CDU/CSU, natürlich genauso wie für die Linken. (D)

Ich glaube, dass wir uns keinen Gefallen tun, wenn wir nach den 47 Maßnahmen, die wir einstimmig beschlossen haben – Sie haben darauf hingewiesen: der Bundestag hat dieses Ergebnis übernommen –, schon sehr früh wieder sagen: Aber die eine Fraktion hätte noch diese Vorschläge, und die andere Fraktion hätte noch jene Vorschläge. – Ich glaube, es wäre besser, wenn wir uns nach wie vor gemeinsam daranmachen würden, dafür zu sorgen, dass in dieser Legislaturperiode die 47 Maßnahmen umgesetzt werden, die wir gemeinsam identifiziert haben; dann leisten wir, glaube ich den größten Dienst, und dann erreichen wir auch die Verbesserungen, die wir dringend brauchen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich will n -
menarbeit von Polizei und Verfassungsschutz, was Informationsaustausch angeht; Reformen im Verfassungsschutz – die sind teilweise schon begonnen worden – u
-Leute-Wesens.
Hier sage ich wieder: So wie im Bereich Rechtsextremismus in den Jahren, als der NSU seine Straftaten verü -
-Leute eingesetzt waren, standen Aufwand und Risiko in keinem Verhältnis zum Erkenntnisgewinn. Das muss sich dringend ändern. Das sollten wir gemeinsam anpacken, obwohl ich weiß, dass Sie in der letzten Konsequenz etwas anderes wollen als wir.